

Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. 010/3163/XVI/2019

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreistag	13.02.2019	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 07.02.2019 zum Thema "Beitrag zu den Empfehlungen der Kommission "Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung""

Anlagen:

SPD Beitrag Sondersitzung

An den
Landrat des Rhein-Kreises Neuss
Herrn Hans-Jürgen Petrauschke
Kreisverwaltung

Willy-Brandt-Haus
Platz der Republik 11
41515 Grevenbroich

41460 Neuss

Tel: 02181 / 2250 20
Fax: 02181 / 2250 40
Mobil: 0173 / 7674919
Mail: kreistagsfraktion@
spd-kreis-neuss.de

7. Februar 2019

Kreistagssitzung am 13. Februar 2019

Beitrag der SPD Kreistagsfraktion Rhein-Kreis Neuss zur Sondersitzung des Kreistages zum Thema Empfehlungen der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ am 13. Februar 2019.

I. Bewertung der Ergebnisse aus regionaler Sicht:

1. Der Kreistag hat am 26. Juni 2018 eine Resolution zur Arbeit der Kommission mit großer Mehrheit verabschiedet. Die Ergebnisse der Kommission, die am 26. Januar 2019 vorgelegt wurden, müssen auch an den eigenen Positionen gemessen werden. Aus unserer Sicht ist die Kommission unseren **Erwartungen in wichtigen Teilen nicht gerecht geworden**. Eine angemessene Einbindung des Rhein-Kreises Neuss hat ebenfalls nicht stattgefunden.
2. Unserer Region und der Energiewirtschaft wird eine **Sonderlast** aufgebürdet, weil andere Regionen und Sektoren ihre Beiträge zur Reduzierung von CO₂-Ausstoß nicht geliefert haben. Im Rheinischen Revier existiert bereits ein Ausstiegspfad aus der Braunkohle und die Klimaschutzziele – sei es aus dem Pariser Klimaabkommen, aus ambitionierten Vorgaben der Bundesregierung, oder aus dem Klimaschutzgesetz NRW – werden hier eingehalten, trotzdem sollen jetzt zusätzliche und vorzeitige Kraftwerksstilllegungen erfolgen. Das hat massive Auswirkungen auf unsere Region. **Leidtragende** sind dabei die **Arbeitnehmer** und ihre **Familien** und vor allem die **Kommunen** mit Kraftwerksstandorten oder aktiven Tagebaugeschehen.
3. Bis 2022 werden hier gegenüber 2017 insgesamt ca. vier GW Kraftwerksleistung stillgelegt. Der „Ausstieg aus der Kohle“ beginnt bereits jetzt. Ein GW Kraftwerksleistung bedeutet etwa 1.000 Arbeitsplätze. Ein Arbeitsplatz in der Industrie hat zwei weitere Arbeitsplätze in der regionalen Wirtschaft zur Folge. **Es fallen also kurzfristig hier bei uns tausende Arbeitsplätze weg**. Die Vorschläge der Kommission zum Strukturwandel sind aber

Geschäftsstelle:

Frau Brigitte Baasch, Referentin
Mail: brigittebaasch.ktf@t-online.de
Frau Gaby Schillings, Mitarbeiterin
Mail: gabyschillings.ktf@t-online.de

Kontoverbindung:

Sparkasse Neuss

IBAN: DE87305500000059111054

BIC: WELA DE DN

Öffnungszeiten:

Montag bis Donnerstag
von 8:00 bis 15:30 Uhr

SPD-KREISTAGSFRAKTION | PLATZ DER REPUBLIK 11 | 41515 GREVENBROICH

eher mittel- bis langfristig angelegt. Zwar soll niemand ins „Bergfreie“ fallen, das gilt aber nur für die unmittelbar in der Energiewirtschaft Beschäftigten. Der Verlust der Arbeitsplätze insgesamt trifft vor allem die betroffenen Kommunen.

4. Die Region Rheinisches Revier verliert auf Dauer mehr an Wertschöpfung, als an Fördersummen in Aussicht gestellt wird. „Blühende Landschaften“ gibt es jetzt, was kommt ist wage und offen. Die Region hat deshalb einen Anspruch auf Strukturhilfen. Das ist kein „Milliardentor“, das sich wunderbarerweise öffnet, das ist ein dringend **notwendiger Ausgleich für politische Entscheidungen zu Lasten unserer Region**. NRW und unsere Region sind schon jetzt die Verlierer der Energiewende, Milliarden an Kaufkraft fließen über die EEG-Umlage aus NRW-Haushalten ab in andere Regionen Deutschlands. Auch darum muss der Strukturwandel konkret und jetzt gestaltet werden.

II. Den Strukturwandel angehen, Zukunft gestalten

1. Wir brauchen **ein regional abgestimmtes Gesamtkonzept** für den schneller und härter kommenden Strukturwandel. Die SPD hat dazu bereits seit langem konkrete Vorschläge gemacht und wird auch jetzt den Prozess konstruktiv begleiten und weitere Ideen einbringen. Die Zukunftsagentur Rheinisches Revier (vormals IRR) soll Projekte koordinieren und dient als die zentrale Anlaufstelle für Fördermaßnahmen. Die ZRR muss noch stärker auf eine direkte Beteiligung der Kommunen ausgerichtet werden, da die Kommunen den Strukturwandel am stärksten spüren und Unterstützung brauchen. Notwendig ist ein **Masterplan**, der die unterschiedlichen Ebenen und Teilregionen zusammen bringt.
2. Grevenbroich, Rommerskirchen und Jüchen tragen im Rhein- Kreis Neuss zunächst die Hauptlast des nun beschleunigten Strukturwandels, wenn die Vorschläge der Kommission von der Bundesregierung und der Landesregierung auch so umgesetzt werden. Es bedarf daher eines **Sofortprogrammes**, um den Kommunen und Betroffenen zu helfen. Wir verweisen dabei auf unseren Antrag zur Sitzung des Kreisausschusses vom 7.11.2018, sowie auf die Projektliste „Sonderförderzone Rheinisches Revier“.
3. Es geht um die Schaffung einer konkreten Perspektive für neue, gut bezahlte, sozialversicherungspflichtige und zukunftssichere Arbeitsplätze. Diese fallen nicht vom Himmel. Dafür müssen die Voraussetzungen geschaffen werden. Es geht also um Infrastruktur und Flächen. Wir erwarten daher von der Bundes- und Landesregierung besondere Anstrengungen und finanzielle Förderungen für Infrastrukturprojekte über die üblichen Förderprogramme hinaus. Unsere Region muss ein **Förderschwerpunkt** werden, der zur vorrangigen Berücksichtigung von Infrastrukturprojekten führt. Dazu gehört die Priorisierung von Verkehrsprojekten wie die B 59n, die B 477n, die Umwidmung von Regionalbahnen zu S-Bahnen mit gut getakteten Verbindungen nach Köln, Düsseldorf und Mönchengladbach, ebenso die Autobahnabfahrt Delrath sowie ein Konzept zur Anbindung der Region an den Rhein-Ruhr-Express (RRX). Die dafür notwendigen Planungsprozesse müssen vereinfacht und beschleunigt werden. Wir begrüßen die Errichtung einer Sonderwirtschaftszone.

Geschäftsstelle:

Frau Brigitte Baasch, Referentin
Mail: brigittebaasch.ktf@t-online.de
Frau Gaby Schillings, Mitarbeiterin
Mail: gabyschillings.ktf@t-online.de

Kontoverbindung:

Sparkasse Neuss

IBAN: DE87305500000059111054

BIC: WELA DE DN

Öffnungszeiten:

Montag bis Donnerstag
von 8:00 bis 15:30 Uhr

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

KREISTAGSFRAKTION IM RHEIN-KREIS NEUSS

www.die-spd-kreistagsfraktion.de

SPD-KREISTAGSFRAKTION | PLATZ DER REPUBLIK 11 | 41515 GREVENBROICH

4. Wir erwarten vom Land die **Unterstützung** der Kommunen des „**Rheinischen Six-Pack**“ (Grevenbroich, Jüchen, Rommerskirchen, Bedburg, Bergheim, Elsdorf), durch die Einrichtung einer Geschäftsstelle, die einen Masterplan für den Strukturwandel entwickelt und projektweise umsetzt. Dabei müssen die Kraftwerksstandorte möglichst zeitnah zurückgebaut und gemeinsam mit den Kommunen entwickelt werden.
5. Das Rheinland ist ein bedeutender **Chemie-Standort**. Die Enquete-Kommission zur Zukunft der Chemie in NRW hat wegweisende Vorschläge gemacht, diesen Standort zu stärken und zukunftsgerecht weiterzuentwickeln. Dazu gehören auch Projekte zur stofflichen Nutzung der Braunkohle. Gerade in Zeiten von neuem Protektionismus und Handelskriegen ist eine sichere, eigene Rohstoffbasis von strategischer Bedeutung für die Energiegewinnung aber auch für die Kohlestoffproduktion. So werden im Rheinland bereits jetzt aus CO₂ Schaumstoffe für die Möbel- und Autoindustrie hergestellt. Weitere Innovationen zum Rohstoff Kohle/CO₂, zu Rekultivierung und Bodenverbesserung müssen durch Forschungsprojekte unterstützt und zur Anwendungsreife gebracht werden.
6. Nachhaltige **Projekte zur Weiterentwicklung einer Kreislaufwirtschaft** sind dringend notwendig. Im Verbund ist der Abfall des einen der Rohstoff des anderen. So ist beispielsweise ein Wertstoffzentrum zum umweltgerechten Recycling von Handys und Elektronikgeräten sowie Batterien und Batteriezellen im industriellen Maßstab denkbar, das seltene Rohstoffe wie Kobalt und Lithium sicher aufbereitet und so eine wichtige Wertschöpfungskette schließt.
7. **Strukturwandel braucht Struktur!** Der Rhein-Kreis Neuss muss diese Generationenaufgabe auch entsprechend organisieren. Die SPD hat seit langem dazu einen **Wirtschafts- und Strukturausschuss** vorgeschlagen. Das Thema im Kreisausschuss anzusiedeln, wird der Herausforderung nicht gerecht. Ein neu einzurichtender „**Arbeitskreis Regionale Strukturpolitik**“, der für Kommunen, Wirtschaft und Industrie, Arbeitnehmer und weitere Betroffene offen ist, kann die Konzepte und Projekte im Rhein-Kreis Neuss beraten und priorisieren und die regionale Zusammenarbeit vorbereiten und so als Instrument zur Gestaltung des Strukturwandels im Rhein- Kreis Neuss dienen.

Mit freundlichen Grüßen



Rainer Thiel
- Vorsitzender -

Anlage: Projektliste Sonderförderzone Rheinisches Revier

Geschäftsstelle:

Frau Brigitte Baasch, Referentin
Mail: brigittebaasch.ktf@t-online.de
Frau Gaby Schillings, Mitarbeiterin
Mail: gabyschillings.ktf@t-online.de

Kontoverbindung:

Sparkasse Neuss

IBAN: DE87305500000059111054

BIC: WELA DE DN

Öffnungszeiten:

Montag bis Donnerstag
von 8:00 bis 15:30 Uhr

Projektliste

Sonderförderzone Rheinisches Revier

Für die SPD bedeutet der Strukturwandel im Rheinischen Revier die Sicherung und Stärkung des Industrie- und Gewerbestandortes, um auch zukünftigen Generationen die Wohlstandsfähigkeit zu sichern. Das Rheinland mit seinen vielfältigen Industrie- und Gewerbeunternehmen gehört zu den stärksten Wirtschaftsstandorten Deutschlands. Das darf durch einen politisch erzwungenen Strukturwandel nicht aufs Spiel gesetzt werden. Wenn dies beachtet wird, können mit einem Strukturwandel auch Zukunftschancen verbunden werden.

In „Berlin“ ist dabei zu beachten, dass die sichere und bezahlbare Energieversorgung die Lebensader vieler Tausend Unternehmen im Rheinland ist. Die Energiefrage ist daher als erstes und dringendstes zu klären. Wie kann auch zukünftig zuverlässig, bezahlbar und sauber Energie rund um die Uhr und das ganze Jahr zur Verfügung gestellt werden.

Ein gelingender Strukturwandel setzt auch voraus, dass die dafür notwendige Zeit zur Verfügung steht, damit Rechtssicherheit besteht und zuverlässige Rahmenbedingungen auch eingehalten werden.

Industrie und Gewerbe brauchen darüber hinaus Infrastruktur und Flächen. Zudem ist zu beachten, dass das Rheinland eine Zuzugsregion ist, was zusätzlichen Handlungsbedarf bedeutet. Um die Zukunftschancen heben zu können, fordert die SPD eine Sonderförderzone Rheinisches Revier.

1. **Infrastruktur**

Der Schlüssel zur Bewältigung der laufenden und kommenden Herausforderungen wird der Ausbau der Infrastruktur sein. Die verkehrsgünstige Lage des Reviers zwischen Aachen, Köln und Düsseldorf ist eine Stärke, die ausgebaut werden muss. Neben dem adäquaten Ausbau des Straßennetzes und insbesondere der Ertüchtigung der Brücken in der Region, muss ein besonderes Augenmerk auf die Rolle des Schienennetzes gelegt werden. Die Ausbauanstrengungen des Bahnknotens Köln werden die europaweite Bedeutung des Schienenknotens weiter steigern.

Im Rahmen eines angestrebten „Sonderbundesverkehrswegeplanes“, wie vom ostdeutschen Revier (Lausitz) gefordert, werden möglicherweise auch bisher nicht

förderfähige Projekte realisierbar. Folgende Maßnahmen sind dabei aus rheinischer Sicht besonders:

1.1 Straßenverkehr

- **B477n in Rommerskirchen:** Notwendige Ortsumgehung wg. hoher Verkehrsbelastung für AnwohnerInnen und mit großer regionaler Bedeutung für die Verkehrsinfrastruktur der Region.
- **B477n in Bedburg/ Niederaußem:** Ausbau/ Ortsumgehung der B477n – wichtige Lebensader im Rheinischen Revier.
- **L 361n in Grevenbroich-Kapellen:** Lückenschluss wg. erheblicher innerörtlicher Belastung durch großes Verkehrsaufkommen notwendig. Regionalen Engpass beseitigen.
- **Autobahnanschluss Dormagen-Delrath (A 57):** Entscheidendes Projekt für Wachstum der Wirtschaft im Dormagener Norden und Neusser Süden (Entwicklungsgebiet Silbersee).
- **A46 (Dreieck Holz und Kreuz Neuss-West):** Ausbau des Teilstücks von vier auf sechs Spuren.

1.2 Nahverkehr:

Zur Aufnahme der Pendlerströme einer stetig wachsenden Region, der Entlastung des Straßenverkehrs und zur Standortstärkung sind folgende Maßnahmen im Nahverkehr erforderlich:

- **Stärkung des Metropol-ÖPNV Köln:** Ausbau der Kölner Hauptachse unumgänglich, damit Maßnahmen im Umland nicht an Wirkungskraft verlieren. Notwendig: Ausbau der OstWest-Achse der Stadtbahn auf zwei Ebenen, Haltestellenausbau für Dreifach-Traktion, Neuordnung Verkehr Neumarkt, Tunnel Deutz (hinter Neumarkt/ Eisenbahnring). Ziel: Linie 1 als „Metrolinie“.
- **Digitaler Eisenbahnknoten Köln:** Bundesverkehrswegeplan (BVWP) enthält Maßnahmen zur Steigerung der Leistungsfähigkeit. Zusätzlich dazu: Realisierung des ersten digitalen Bahnknotens in Köln. Ausstattung mit europäischer Leit- und Sicherungstechnik

(ETCS) und digitaler Stellwerktechnik (DSTW). Kapazitätssteigerung auf bestehenden Strecken bis 2040 von etwa 20% möglich. Profitiert durch Nähe zur Niederlande und Belgien durch europäische Förderprogramme.

- **Weiterführung Straßenbahnlinie 1 Köln Weiden über Brauweiler bis Niederaußem:** Verlängerung dient der direkten Anbindung des Pulheimer Stadtteiles, entlastet überlastete Umsteigepunkte Weiden-West und Bonnstraße. Zudem: Wichtige Vernetzungsmaßnahme des vom Ende der Braunkohleverstromung betroffenen Nordkreises mit umliegenden Kommunen und Köln. Mit Verlängerung nach Glessen und Ober- und Niederaußem werden Ortslagen ohne direkte Verbindung nach Köln angebunden – großer Gewinn, insbesondere für Niederaußem, besonders im Hinblick auf industrielle Folgenutzung der Kraftwerksfläche samt Forschungsstandort (Baumaßnahme: ca. 15km Schienenstrecke plus Haltestellen).
- **Verbindung Köln – Düsseldorf, Teilstück Grevenbroich – Neuss/ Düsseldorf:** Jetzige Regionalbahn (RB39) reicht nicht aus, hoher PendlerInnenstrom in Richtung Landeshauptstadt. Ziel: S-Bahn-Ausbau mit mehr Kapazitäten und höherer Taktung, sowie Beseitigung des auf der Strecke genutzten Dieselantriebs als Bestandteil der Energiewende. Zudem: Kein Ende/ Aufhebung der Trennung der Bahn in Bedburg, Fortführung bis nach Köln über die bereits in Planung befindliche Erft-S-Bahn.
- **Rasche Fertigstellung der Erft-S-Bahn:** Fertigstellung erst Mitte der 2020er Jahre nicht akzeptierbar. Planerische Abläufe und Verfahren müssen beschleunigt werden. Alle anfallenden Kosten im Zuge der Anpassung von Streckenkreuzungen sollten den Städten bezahlt werden.
- **Anbindung von Elsdorf:** Direkte Anbindung an die Erft-S-Bahn aufgrund dadurch entstehender Verzögerungen bei der Realisierung des Gesamtprojektes nicht realisierbar. Elsdorf darf keine „verlorene Kommune“ werden. Deshalb: Machbarkeit einer Bahnanbindung prüfen und finanzieren. Zudem: Umsetzung einer Schnellbus-Pendelverbindung zwischen Elsdorf zum S-Bahnhaltepunkt Glesch für alle Abfahrtszeiten als Mindestmaß.
- **Verbindung Mönchengladbach/ Köln über Jüchen/ Grevenbroich/ Rommerskirchen:** Ausbau der Regionalbahn-

Strecke zur S-Bahn in Arbeit (RB27 soll zur erweiterten S6 werden), zudem verkehrt ein Regionalexpress (RE8). Weiteres Ziel: zusätzlicher Halt in Grevenbroich Süd.

- **S-Bahn Knotenpunkt Grevenbroich:** Grevenbroich ist als S-Bahn-Knotenpunkt für eine Linie zwischen Düsseldorf/ Neuss über Bedburg bis nach Köln und eine Linie von Mönchengladbach über Jüchen und Rommerskirchen nach Köln und Essen geeignet.
- **Drittes Gleis Düren – Aachen / Verlängerung S-Bahn-Gleis Buir-Düren:** Drittes Gleis zwischen Düren – Aachen im letzten Bundesverkehrswegeplan (BVWP) nicht aufgenommen. Die Aufnahme in den BVWP ist jedoch ebenso notwendig, wie zusätzliche Gleise zwischen Kerpen-Buir und Düren.
- **Schnellbusverbindung Neusser Süden:** Vom Neusser Süden zur Düsseldorfer Universität über die Fleher Brücke.
- **Anbindung der Stadt Kerpen:** Die größte Stadt im Rhein-Erft-Kreis hat im größten Stadtteil einen „Schandfleck“ als Bahnhof und der Stadtkern ist gar nicht angeschlossen. Letzteres kann mit dem „Kerpener C“ behoben werden. Zudem: Kapazitätsausbau des Bahnhofs Sindorf notwendig, Bedeutung als zentraler ÖPNV-Einstiegspunkt für Berufspendler muss angepasst werden.
- **Verlängerung der Stadtbahnlinie 7:** Mögliche Strecke über Greifath, Habbelrath, Horrem oder Götzenkirchen nach Kerpen-Zentrum (Streckenlänge ca. 15 km).
- **Direkte IC-Verbindung Eindhoven – Düsseldorf (Düsseldorf/ Neuss/ Mönchengladbach/ Venlo/ Eindhoven):** Engpassbeseitigung auf zwei Gleise zwischen Dülken und Kaldenkirchen (nach 1945: zweites Gleis nicht erneuert). Direkte IC-Verbindung als notwendiges Bindeglied im internationalen Schienennetz.
- **Bahnhöfe:** Sanierung, Modernisierung und Herstellung von Barrierefreiheit an diversen Bahnhöfen im Rhein-Kreis Neuss (z.B. Jüchen und Grevenbroich-Gustorf) und Rhein-Erft-Kreis.

1.3 Güterverkehr:

- **Umwidmung der RWE-Werksbahntrassen (Machbarkeitsstudie erforderlich):** Nutzung für den Güter- und/ oder Personenverkehr. Etablierung als Güterverkehr-Bypass in der Region mit Anschluss an neuen Gewerbe-/Industrie- und Logistikstandorten. Nutzung als REK-Stadtebahn.
- **Rheinspange Wesseling als Kombi-Schienen- und Straßenlösung:** Neben Vernetzung Stadtbahnverkehre auch Stärkung zum regionalen Güterverkehrsnetzes. Kombinierte Einrichtung unbedingt notwendig, weil nach Realisierung einer reinen Straßenquerung, baulich/ planerisch keine Schienenquerung mehr möglich. Wichtig auch für Industriestandort Wesseling.

1.4 Fahrradwege:

- **Weitere Nutzung der RWE-Werksbahntrassen:** Aus- und Umbau zur Fahrradtrasse, bspw. nach dem Vorbild der Wuppertaler Nordbahntrasse (zzgl. Leih- und Lastenrad Angebote) und Anbindung an das regionale Fahrradwegenetz.
- **Radschnellwegeverbindung zwischen Düsseldorf und Köln:** Über Neuss und Dormagen, ggf. mit Nebenästen nach Grevenbroich und Rommerskirchen.

2. Flächen:

- **Landesbedeutsame Fläche in Grevenbroich:** Das Areal zwischen Grevenbroich-Neurath und -Allrath ist im Landesentwicklungsplan (LEP) als „Reservefläche“ (300 Hektar) für flächenintensive Großvorhaben geplant. Die Erschließung und Entwicklung dieses Areals ist ein wichtiger Bestandteil des Strukturwandels im Rheinischen Revier. Denkbar wären Gewerbeansiedlungen aus den Bereichen Automobil-, Maschinen- und Anlagenbau, pharmazeutische Firmen oder Projekte der Kohlechemie.
- **Landesförderung für das „Rheinische Sixpack“:** Unter anderem zur Entwicklung o.g. LEP-Fläche muss das (finanzielle) Engagement

des Landes NRW in das ‚Rheinische Sixpack‘ (Planungsverbund bestehend aus den Kommunen Rommerskirchen, Bedburg, Bergheim, Grevenbroich, Jüchen und Elsdorf) verstärkt werden. Dazu gehört u.a. die Finanzierung eines Masterplans und einer Geschäftsstelle nach dem Beispiel der Entwicklungsgesellschaft Indeland.

- **„Flächenzuschlag“:** Entwicklung braucht auch Fläche, vorbeugender Strukturwandel kann nur gelingen, wenn es dafür Raum gibt. Wir erwarten einen „Flächenzuschlag“ bei der Raumordnung im Landesentwicklungsplan (LEP) und der Regionalplanung in den Regierungsbezirken Köln und Düsseldorf.

3. Digitale Infrastruktur:

- Breitbandausbau: Beseitigung von „weißen Flecken“ in der privaten Breitbandversorgung (≥ 50 Mbit/s), Ausbau der Kapazitäten in der gewerblichen Breitbandversorgung (≥ 100 Mbit/s).
- **Flächendeckendes Glasfasernetz bis 2025:** Anschluss aller Gewerbegebiete an Hochleistungsinternetanschlüsse (Vorbild Heppendorf) Grundvoraussetzung für Ansiedlung moderner produzierender Unternehmen (Standortvorteil). Subvention entsprechender Backbones. 1A-digitale Infrastruktur zudem essentiell für: universitäre Ausgründungen und innovative Siedlungsprogramme.

4. **Bildung:**

- Neubau Europaschule in Kerpen: Bau des modernsten Gymnasiums in grün in Kerpen als Auftakt nutzen für ein Neubauprogramm von Schulgebäuden im Revier mit ggf. MINTFokus.
- „Internationale FH/ Forschungsstelle Rekultivierung“ in Berheim-Paffendorf: Weltweit einzigartige Rekultivierungsleistung wird bereits ausgiebig wissenschaftlich begleitet. Schaffung eines Bildungsstandortes mit internationaler Relevanz und ggf. Verknüpfung mit Campus Rhein-Erft.
- Stärkung der Weiterbildungsinfrastruktur: Bau einer Weiterbildungsakademie in Grevenbroich als berufsbegleitendes Qualifizierungszentrum mit zertifizierten Abschlüssen.

5. **Wohnen:**

- Wiederaufnahme des kommunalen Wohnungsbaus: Die Wohnungsmärkte im Rhein-Erft-Kreis und im Rhein-Kreis Neuss sind äußerst angespannt. Vor allem fehlt es – vor allem perspektivisch – an bezahlbarem Wohnraum. Gerade mit ihrer Lage zwischen den Metropolen Köln und Düsseldorf sind beide Kreise stark wachsende Zuzugsgebiete.
Deshalb: Nutzung von theoretischen Flächenreserven, z.T. bereits als große Siedlungserweiterungen planerisch vorangelegt, in den Kommunen nahe des Braunkohletagebaus. Einzelbebauung (Konzepte: Klimasiedlung oder „smarte“ Siedlungen), vor allem aber Wohnraumschaffung im unteren und mittleren Preissegment. Dafür braucht es staatliche/ öffentliche Investitionsspielräume.
- Klimasiedlung Bedburg als Blaupause: Gemeinschaftsprojekt Stadt Bedburg, Energiekonzern RWE und Heizsystem-Hersteller Viessmann – erste BrennstoffzellenSiedlung Deutschlands. Durch Nutzung von Brennstoffzellen-Technologie zur Strom- und Wärmeversorgung werden im Vergleich zu herkömmlichen Technologien bis zu fünf Tonnen CO₂ pro Jahr eingespart. Besondere Berücksichtigung demografischer und energetischer Aspekte (Passivhausbau, regenerative Energieversorgung, energieeffizientes Bauen, attraktives Wohnumfeld mit auf die Bedürfnisse der Bewohner angepassten Dienstleistungsangeboten).
- „Smart-City – Die neue Stadt“: Zahlreiche Themen wie „Wie viel Platz zum Wohnen brauchen wir zukünftig?“, „Smartes Wohnen“, „Neue Mobilitätskonzepte“, „Klimagerechte und an den Klimawandel angepasste Quartiere“, „soziales Zusammenleben der Generationen“, „Energieautarkie“ und vieles mehr sind im

„Bestand“ schwer umzusetzen. „Smart-City – Die neue Stadt“ könnte ein Projekt im Rheinischen Revier sein. Dabei könnte auch auf frühe zukunftsorientierte Ideen aus dem Projekt „Raumortlabor Raketenstation Hombroich“ zurückgegriffen werden. Der jetzige Kraftwerksstandort Frimmersdorf könnte ein geeigneter Ort dafür sein. Denkbar ist „Smart-City, die neue Stadt“ aber auch an mehreren Standorten im Revier.

6. Konkrete Industrieansiedlung, „Energiewende als Gewinner gestalten“ oder „Grüne Energie im Revier“

- Produktionsstandort „Leitstände“: Hervorgehend aus dem virtuellen Kraftwerk in Berheim „IESI“.
- Photovoltaik-Anlagen entlang der Autobahnen: Die Autobahnen im Rhein-Erft-Kreis und Rhein-Kreis Neuss sind über weite Strecken mit Lärmschutz ausgestattet. Gigantische Flächenpotenziale für PV-Ausbau (mit und ohne Übertragungen der Fahrbahn).
- E-Kart Strecke in Kerpen/ Verknüpfung mit Forschung E-Mobility: Geplante Kartstrecke zudem weltweites Alleinstellungsmerkmal. Kerpen bietet Flächenpotenziale für Ansiedlungen aus F&E-Bereich E-Mobilität plus bereits Elektromotorproduzent vor Ort.
- Innovative Mobilität & Energie am Autobahnkreuz Kerpen A4/A61: Geplant ist die Einrichtung eines Mobilitätszentrums am Autobahnkreuz Kerpen (BAB4/BAB61), wobei die Entwicklung im Sinne des Internet of Things und Industrie 4.0 synergetisch genutzt werden sollen. Diese werden im Rahmen von Smart Logistic Prozessen in einem neu zu errichtenden grünen Mobilitätszentrums integriert werden, wobei LKW-Logistik wie ÖPNV am Autobahnknotenpunkt Kerpen optimiert werden.
- Power to Gas im Rhein-Erft-Kreis: Regionale Umsetzung der Energiewende mit Hilfe von regenerativ erzeugtem H₂. Im Modellprojekt „Power to Gas im Rhein-Erft-Kreis“ soll ein modulares Wasserstoffkraftwerk entwickelt und aufgebaut werden, das lokal erzeugten Strom aus Solar- und Windparks zur Wasserstoffproduktion nutzt. Durch optimale Angliederung von gewerblichen und industriellen Verbrauchern wird das Konzept von „grünen Industrieparks“ realisiert.
- Entwicklung und Aufbau einer Wasserstoffmodellregion im Rheinischen Revier: Wasserstoff, der mit Strom aus erneuerbaren Energiequellen erzeugt wird, hat das Potenzial, die Emissionen in den Sektoren Industrie, Chemie, Wärme und Mobilität signifikant zu mindern. Es werden substanzielle Investitionen in Infrastrukturen

(Elektrolysekapazitäten im GW-Bereich, Tankstelleninfrastruktur für Züge, Busse und PKW, Speichereinrichtungen, Wartungseinrichtungen) und Anwendungen (Brennstoffzellen-Busse, BZ-Züge, etc.) nötig sein, die über die Strukturmittel gefördert werden könnten.